

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1984 – März

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 1983 war das erste konjunkturelle Belebungsjahr der kapitalistischen Weltwirtschaft nach einer nahezu drei Jahre währenden zyklischen Krise. Im Jahresverlauf haben sich die Besserungstendenzen in allen großen kapitalistischen Staaten durchgesetzt. Dabei haben sich die Unterschiede aber eher verstärkt: vor allem in den USA, wo die Krise besonders tief und lang gewesen war, hat der Aufschwung vergleichsweise kräftig gewirkt. Auch in Japan waren die Belebungstendenzen recht deutlich. Dagegen verlief die konjunkturelle Besserung in Westeuropa nur zögernd. In Großbritannien und in der Bundesrepublik hatte sie schon zum Jahreswechsel 82/83 eingesetzt, später und zögernder in Frankreich, in Italien scheint der Krisentiefpunkt erst im Herbst erreicht gewesen zu sein.

Im Gegensatz dazu wirkt die zyklische Krise in den Entwicklungsländern weiter. Sie ist dort eng verbunden mit der dauerhaften Finanzkrise des Kapitalismus in Form einer hohen und weiter steigenden Verschuldung. Entgegen den optimistisch klingenden Formulierungen aus Regierungskreisen ist die Zahlungskrise der dritten Welt keineswegs behoben oder auch nur gemildert. Zwar ist es den verschuldeten Ländern 1983 gelungen, bei stagnierenden Exporten ihre Importe drastisch zu kürzen. Die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) als „Problemländer“ eingestufteten Staaten konnten ein Handelsbilanzdefizit von sieben Milliarden (1982), in einen Überschuß von 24 Milliarden Dollar verwandeln. Dies machte es den Banken möglich, erstmals in der Geschichte der „Entwicklungshilfe“ die Richtung der privaten Zahlungsströme umzukehren: Waren im Rahmen der privaten Kreditgebung noch 1981 netto 16 Milliarden Dollar in die Entwicklungsländer geflossen (allerdings ohne Berücksichtigung von Gewinntransfer), so wurden 1983 etwa 21 Milliarden mehr abgezogen als in Form neuer Kredite zugeführt. Dieser gewaltige Kapitalabzug reichte aber trotzdem nicht aus, um ein weiteres Anwachsen der Schuldentürme zu verhindern: nach Schätzung der Weltbank erhöhte sich die Verschuldung der Entwicklungs-

länder zwischen Ende 1982 und Ende 1983 von 766 Milliarden auf 810 Milliarden Dollar. Die öffentliche Entwicklungshilfe der kapitalistischen Länder (OECD) in Höhe von jährlich etwa 25 Milliarden Dollar reicht also gerade aus, um den Kapitalabzug der Privaten auszugleichen. Sie stellt gegenwärtig also eine bloße Umverteilung von öffentlichen in private Kassen innerhalb der kapitalistischen Länder dar.

Die „Erfolge“ der privaten Banken bei der Zinsbeitreibung – wobei sie vom internationalen Währungsfonds durch restriktive wirtschaftspolitische Auflagen gegen die verschuldeten Länder unterstützt werden – wurden erreicht um den Preis verstärkter Krisenerscheinungen in der dritten Welt. Die zur Erwirtschaftung von Handelsbilanzüberschüssen angewandten Importbeschränkungen mindern nicht nur die Absatzchancen der kapitalistischen Exporteure, sie entziehen auch den Entwicklungsländern dringend notwendige Ressourcen.

Die mit der „Schuldenkrise“ verbundenen Probleme der gesamten Weltwirtschaft haben sich im Zuge der „Feuerwehraktionen“ des letzten Jahres also keineswegs vermindert – tatsächlich sind die Schuldentürme noch gewachsen, haben sich die Fähigkeiten der verschuldeten Länder zur Rückzahlung auf dem Wege von Wirtschaftswachstum weiter vermindert.

Die konjunkturelle Entwicklung der Bundesrepublik war ebenfalls durch Fortsetzung der Belebungsstendenzen bestimmt. Es ist aber bis jetzt die schwächste Konjunkturbelebung in der Geschichte der Bundesrepublik geblieben. Da im laufenden Jahr die stabilisierende Wirkung des privaten Verbrauchs wegfallen wird und ein „selbsttragender“, durch Erweiterungsinvestitionen geprägter Investitionsaufschwung nicht zu erwarten ist, dürfte sich das Bild einer nur zögernd verlaufenden Belebung in absehbarer Zeit nicht verändern. Die Arbeitslosigkeit – sieht man von statistischen Tricks ab – wird weiter zunehmen, wenn auch verlangsamt. Dabei ist aber die mit der Einführung der 35-Stunden-Woche verbundene

kräftige Reduktion der Arbeitslosigkeit außer Acht gelassen. Erfolge auf diesem Wege würden das Gesamtbild deutlich zum Positiven wenden. Dabei ergeben überschlägige Berechnungen auf der Grundlage der vorhandenen Prognosen für 1984, daß die beschäftigungswirksame Realisierung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Verteilungsverhältnisse deutlich zugunsten der Arbeiter und Angestellten verschieben würde. Die sich dann ergebende rechnerische Lohnquote würde aber nur leicht über dem Stand von 1975 liegen. Ein voller Erfolg der Gewerkschaften würde also die in Verbindung mit den beiden letzten Krisen durchgesetzten Verteilungsgewinne der Unternehmer zunichte machen, keineswegs aber untragbare Kostenbelastungen für die Unternehmen mit sich bringen.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

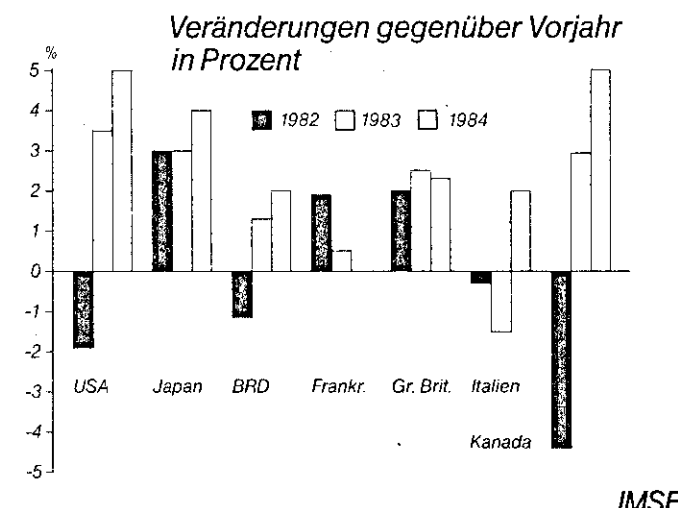
3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Sozialabbau
- 3.4 Einkommensverteilung
- 3.5 Aktionen der Arbeiterklasse
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Ende 1983 hat sich die langerwartete Konjunkturbelebung in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern eingestellt, aber die monetäre Szene, in welcher sie stattfindet – das Festhalten an ungewöhnlich hohen Zinssätzen –, schließt die Mehrheit der Entwicklungsländer von der Wiederbelebung der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Günstig erscheint die Tatsache, daß der Wirtschaftsaufschwung bisher keine Aufblähung der Inflation verursacht hat; allerdings betrifft die Wiederbelebung bisher nur die Produktion, während die Arbeitslosigkeit das Problem Nr. 1 der Wirtschaftspolitik bleibt.

Reales Bruttosozialprodukt 1982–84



Wie aus der Abbildung hervorgeht, sind relativ hohe reale Wachstumsraten 1983–84 nur für Nordamerika und Japan zu verzeichnen, wohingegen die vier größten Länder Westeuropas nur mäßige Zuwachsraten zeigen. Für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt dürfte das Bruttosozialprodukt (BSP) real 1984 um 3,3 Prozent steigen, gegenüber einer Zunahme von 2,3 im vergangenen Jahr. Im Unterschied zu den Aufschwungsphasen der vorangegangenen Wirtschaftszyklen wird diesmal die Wiederbelebung von der Nachfrage nach Privatverbrauch in allen sieben Ländern getragen, während eine Verbesserung der Investitionstätigkeit nur in den USA zu verzeichnen ist. Für die 7 Länder insgesamt wird 1984 der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BSP um 1,5 Prozentpunkte niedriger sein als in den Jahren 1978–79.

Über Dauer und Intensität der Wirtschaftsexpansion in den USA wird viel diskutiert, auch wenn dabei oft falsche Schlußfolgerungen über die Wirtschaftspolitik gezogen werden. Vergleichen wir zunächst die wirtschaftlichen Hauptresultate der USA mit denen Japans: in den ersten drei Jahren der Regierung Reagan (1981–83) ist das BSP real jährlich um 1,3 Prozent gestiegen; die Inflationsrate, gemessen am Lebenshaltungskostenindex, hat sich von 13,5 Prozent 1980 auf 3 Prozent 1983 verlangsamt; die Arbeitslosenquote hat sich in demselben Zeitraum von 7 auf 9,5 Prozent erhöht. In Japan ist das BSP um 3,3 Prozent gewachsen, die Inflationsrate ist von 8 auf 2 Prozent geschrumpft; die Arbeitslosenquote ist von 4 auf 5,5 Prozent gestiegen. Hier enden die Analogien zwischen beiden Ländern, wobei die Entwicklung der beobachteten Variablen zugunsten Japans ausfällt. Während aber in Japan der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte von 4,5 Prozent des nominalen BSP 1980 auf 3,4 Prozent 1983 zurückgegangen ist und der Aktivsaldo der Handelsbilanz von 2 auf 33 Milliarden Dollar emporgeschnellt ist, sieht die Lage in den USA diesbezüglich ganz anders aus: das Staatdefizit ist von 1,3 auf 3,8 Prozent des BSP angestiegen und der Passivsaldo der Handelsbilanz hat sich mehr als verdoppelt (von 25 auf 63 Milliarden Dollar!).

Was den vielgepriesenen Erfolg des neoliberalen Ansatzes der Reagan'schen Wirtschaftspolitik anbelangt, ist darauf hinzuweisen, daß sich der Wiederaufschwung in den USA etwa nach dem klassi-

schen Keynes'schen Modell vollzogen hat, nämlich durch Deficit-spending. In der Tat ist der Fehlbetrag des Bundeshaushalts von 60 Milliarden 1981 (2 Prozent des BSP) auf knapp 200 Milliarden 1983 (5,5 Prozent) gestiegen: das ist das Resultat einer Reduzierung der Steuersätze für die Einkommen von Unternehmen und von Beziehern mittlerer und hoher Einkommen sowie der starken Ausweitung der Militärausgaben durch die forcierte Aufrüstungspolitik Reagans.

Schatten auf das Anhalten der Wirtschaftsexpansion in den USA wirft das Zinsniveau: Gegenwärtig liegen die Zinssätze um 11–12 Prozent und damit real ungewöhnlich hoch (etwa 7 Prozent) infolge des abgeschwächten Tempos der Preisentwicklung. Die Hochzinspolitik der USA wirkt sich negativ auf die anderen entwickelten kapitalistischen Länder aus, die schon unter dem Kapitalabfluß in die USA leiden, der seinerseits von der Überbewertung des Dollars begünstigt wird. Erschwerend kommt hinzu, daß die Haushaltspolitik in Japan, in der BRD, Großbritannien und Kanada 1984 restriktiv ausgerichtet ist.

Veränderung der Industrieproduktion 1982–1983 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1982	Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ¹
USA	- 8,1	+ 6,5	- 2,2	+ 3,6	+ 9,9	+ 14,5
Japan	+ 1,1	+ 3,0	- 0,9	+ 1,6	+ 5,0	+ 6,0
BRD	- 2,3	+ 0,8	- 3,5	- 0,9	+ 1,8	+ 5,5
Frankreich	- 1,9	+ 0,8	0,0	0,0	+ 1,5	+ 2,0
Großbritannien	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5
Italien	- 2,6	- 4,5	- 7,6	- 9,1	- 3,1	+ 1,5
Kanada	- 10,7	+ 5,0	- 2,1	+ 2,2	+ 9,7	+ 11,0

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Tabelle über die Industrieproduktion vermittelt ein deutliches Bild der allmählichen Intensivierung und Ausdehnung der Wiederbelebung in allen 7 Ländern: im 2. Vierteljahr 1983 fallen die Veränderungsraten der Industrieproduktion im Jahresvergleich in den USA, Japan und Kanada wieder positiv aus; im 3. Quartal folgen BRD und Frankreich; im letzten Vierteljahr scheint es, daß auch in Italien der Tiefpunkt überwunden ist.

1983 hat sich die Inflation im OECD-Raum deutlich abgeschwächt, was durch die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe begünstigt wurde. Die Dollarpreise der OECD-Einfuhr aus Drittländern sind 1983 um 7 Prozent gesunken, nachdem sie schon 1982 um 5,5 Prozent nachgelassen hatten. Für das laufende Jahr ist eine Verteuerung der Nahrungsmittel und Industrierohstoffe um 6,5 Prozent vorgesehen, während der Erdölpreis erneut um 2,5 Prozent zurückgehen sollte.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1982–1983 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1982	Jahr ¹	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ¹
USA	6,1	3,0	3,6	3,3	2,5	2,5
Japan	2,7	2,0	2,1	2,5	1,5	1,5
BRD	5,3	3,0	3,7	2,9	2,8	2,5
Frankreich	12,0	9,5	9,3	9,0	9,8	10,0
Großbritannien	8,5	4,5	5,5	4,2	4,4	4,3
Italien	16,3	15,0	16,4	16,3	14,2	13,0
Kanada	10,8	6,0	8,7	5,9	5,3	5,0

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Das größte Problem der gegenwärtigen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft ist nach wie vor der Arbeitsmarkt: Für den gesamten OECD-Raum ist eine „Stabilisierung“ der Arbeitslosigkeit auf dem Niveau von 32–33 Millionen Menschen 1984 und im 1. Halbjahr 1985 vorauszusehen, was einer Arbeitslosenquote von 9 Prozent entspricht. Wie die Tabelle zeigt, hat die Zahl der Erwerbslosen im 2. Halbjahr 1983 nur in den USA merklich abgenommen; für die 7 Länder insgesamt liegt diese Zahl aber noch viel höher als

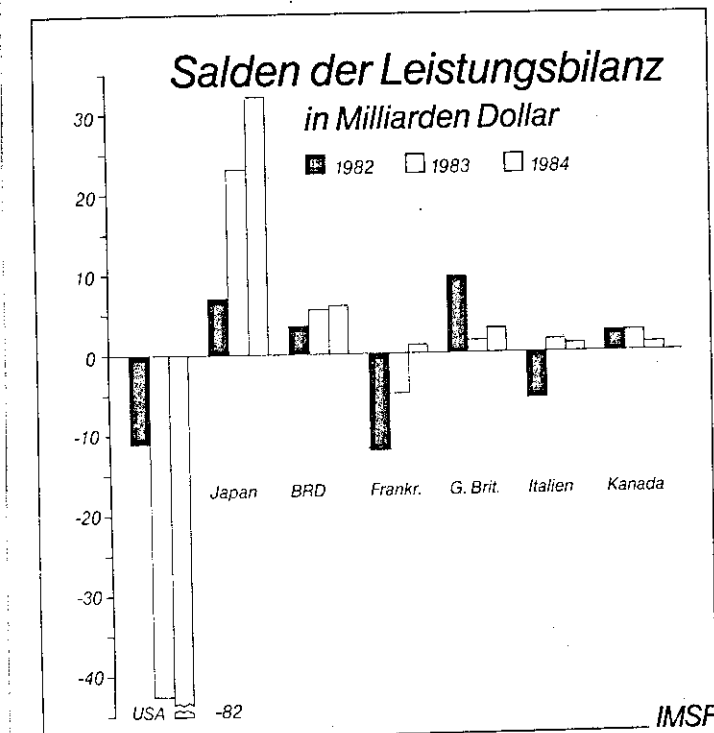
1980, am Anfang der letzten Rezessionsphase der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Arbeitslosigkeit 1980–1983 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1980	1981	1982 ¹		1983 ¹	
			1. HJ.	2. HJ.	1. HJ.	2. HJ. ²
USA	7449	8237	10002	11432	11330	10050
Japan	2300	2500	2660	2780	3110	3200
BRD	889	1272	1725	2048	2248	2300
Frankreich	1451	1773	1980	2040	2021	2050
Großbritannien	1668	2566	2848	2875	2995	2950
Italien	1698	1913	2120	2130	2275	2350
Kanada	867	898	1117	1486	1497	1350
Zusammen	16322	19195	22452	24791	25476	24200

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

1983 war auch ein ausgesprochenes Boom-Jahr der Aktienkurse in allen 7 Ländern. Allerdings sind die Kurse dort am kräftigsten angestiegen, wo die Belebung am schwächsten war. So sind die Aktiennotierungen zwischen Dezember 1982 und Dezember 1983 in Frankreich um 50 Prozent und in BRD und Italien um 40 Prozent emporgeschossen, während sie in den USA und Japan nur um 20 Prozent gestiegen sind.



Auf außenwirtschaftlichem Gebiet ist es im vorigen Jahr zu einer starken Differenzierung innerhalb der 7 größten kapitalistischen Länder gekommen: Während Japan und die BRD ihre Leistungsbilanzüberschüsse noch vergrößern und Frankreich und Italien ihre Defizitposition weitgehend abbauen konnten, hat sich der Passivsaldo der Leistungsbilanz der USA merklich vergrößert. Für das Jahr 1984 wird sogar eine Steigerung des US-Fehlbetrags auf die enorme Summe von 82 Milliarden Dollar vorausgesagt.

Die internationale monetäre Lage bleibt von der Überbewertung des Dollars und vom hohen Niveau der Zinssätze bestimmt, die sich gegenseitig unterstützen. Besonders gravierend sind die damit verbundenen Folgen für die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe in den letzten Jahren: Obwohl man davon ausgeht, daß diese Preise im laufenden Jahr erneut steigen werden, werden sie noch um 25 Prozent unter dem Niveau von 1980 liegen. Das bedeutet, daß sinkende Exporterlöse die Last immer noch wachsender Schuldendienste weiter vergrößern.

Solange die Zinssätze hoch bleiben, ist es illusorisch zu glauben, daß die Mehrheit der Entwicklungsländer an der Wiederbelebung der kapitalistischen Weltwirtschaft teilhaben kann. Darüber hinaus führt die massive Auslandsverschuldung einer großen Reihe von Entwicklungsländern zu schwierigen Konsolidierungsproblemen für die Gläubigerbanken.

1.2 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung – ein bekanntlich sehr unzureichender Maßstab – hat sich 1983 real um 1,2 Prozent erhöht, etwas stärker als es die meisten Prognosen erwartet hatten. Nur der Sachverständigenrat (SVR) hatte ein Wachstum um ein Prozent prognostiziert. Trotzdem kann die Vorhersage des SVR nicht als Ausdruck von Prognosesicherheit gewertet werden: sie ging von einer kräftigen Belebung der Investitionen und des Exports aus, während die Belebung tatsächlich von einer – auch vom SVR nicht erwarteten – Stabilisierung des privaten Verbrauchs getragen war.

Bruttosozialprodukt 1983

	In jeweiligen Mrd. DM	Preisen in % ¹	In Preisen von 1976 Mrd. DM	In % ¹
Bruttosozialprodukt	1669	+ 4,5	1262	+ 1,2
Privater Verbrauch	935	+ 4,0	695	+ 1,0
Staatsverbrauch	333	+ 2,3	248	- 0,4
Anlageinvestitionen	341	+ 4,1	253	+ 2,4
Ausfuhr ²	536	+ 0,1	414	- 1,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr
2 Waren und Dienstleistungen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/84, S. 9)

Besonders schwach war die Belebung im Kernbereich der Ökonomie, im warenproduzierenden Gewerbe. Dagegen entwickelte sich der Beitrag der Dienstleistungsbereiche relativ kontinuierlich. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, daß im Meßkonzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch unproduktive Tätigkeiten als Beitrag zur Wertschöpfung gezählt werden.

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

	Insgesamt	Land-/Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel/Verkehr	Dienstleistung	Staat
1979	+ 4,2	- 3,4	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,5	+ 3,3
1980	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,6	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,5
1981	- 0,1	+ 5,3	- 2,3	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,3
1982	- 0,8	+ 9,0	- 2,7	- 2,2	+ 2,3	+ 0,5
1983	+ 0,9	- 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,9

1 In Preisen von 1976
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1984, S. 8)

Die Prognosen für 1984 gehen mehrheitlich von einer etwas verstärkten Fortsetzung der konjunkturellen Belebung aus, die wesentlich durch Investitionen und durch den Export getragen sein soll.

Nur das WSI fällt etwas aus dem Rahmen der relativ optimistischen Prognosen: Vor allem geht es davon aus, daß sich der Anstieg des privaten Verbrauchs nicht weiter fortsetzen wird und daß vor allem die Bauinvestitionen weniger stark expandieren werden als von den anderen Prognosen angenommen. Diese gedämpften Erwartungen dürften der Realität eher nahekommen als die anderen Prognosen: Denn die Belebung ist bis jetzt getragen von labilen Faktoren, deren expansive Wirkung im Jahresverlauf nachlassen wird.

Wachstumsprognosen 1984

	Zunahme des realen BSP in Prozent
Sachverständigenrat	+ 2,5
Bundesregierung	+ 2,5
Forschungsinstitute	+ 2,0
WSI des DGB	+ 1,5

(Quelle: Presseberichte; Institutspublikationen)

1.3 Produktion

Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe ist im letzten Vierteljahr 1983 weiter angestiegen, nach einer mehrmonatigen Stagnation zur Jahresmitte. Die saisonbereinigte Betrachtung der Vierteljahresergebnisse ergibt trotzdem nicht das Bild eines kräftigen Konjunkturaufschwungs: der Krisentiefpunkt vom vierten Quartal 1983 ist erst um fünf Prozent überschritten, die Produktionsbelegung wird immer wieder durch Stagnation oder kleine Rückschläge unterbrochen.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1982				1983			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
96,8	96,2	93,5	92,3	93,1	95,0	95,2	97,6

¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Auch im Vorjahresvergleich ergibt sich das Bild einer nur zögernden Fortsetzung der Belegung. Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe lag ebenfalls nur um fünf Prozent über dem Vorjahresniveau, wobei vor allem die Grundstoffbereiche relativ günstig abschneiden.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

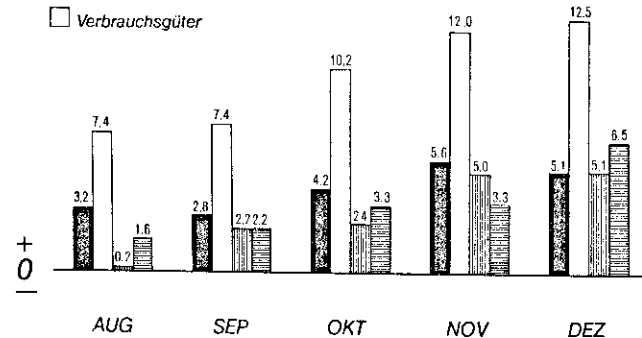
	August	September	Oktober	November	Dezember
Insgesamt	+3,2	+3,0	+4,2	+6,2	+4,2
Grundstoffe und Produktionsgüter	+7,1	+7,4	+10,3	+12,2	+11,7
Investitionsgüter	+0,2	+2,6	+2,6	+5,5	+3,7
Verbrauchsgüter	+1,7	+2,3	+3,4	+4,9	+4,8

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId. 65¹)

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes

in % gegenüber dem Vorjahr

- Insgesamt
- Grundstoffe und Produktionsgüter
- ▨ Investitionsgüter
- Verbrauchsgüter



IMSF

Auch die industrielle Auftragsentwicklung ist wieder aufwärts gerichtet, nach einer längeren Stagnationsperiode zur Jahresmitte. Die Statistik der Auftragseingänge ist allerdings noch immer schwierig zu interpretieren, da die Ziffern durch die Investitionsprämie, deren Bestellfristen Ende 1982 abgelaufen waren verzerrt sind.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1982				1983			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
97	93	91	93	95	93	96	100

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Vor allem die inländischen Investitionsgüterbestellungen waren zum Jahreswechsel 1982/83 überhöht, so daß nun die entsprechenden Ergebnisse deutlich ungünstiger sind als im Vorjahr. Dies darf nicht als Indiz für einen absoluten Rückgang der Investitionstätigkeit gewertet werden. Insgesamt aber bestätigt sich das Bild einer stockend verlaufenden Auftragsbelegung.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
August	+9,5	+7,8	+14,9	+14,7	+6,9	+4,3	+8,4	+6,2
Sept.	+10,9	+8,3	+14,9	+14,2	+9,4	+6,2	+9,0	+5,3
Okt.	+12,0	+9,9	+16,9	+15,3	+11,3	+8,7	+7,1	+4,9
Nov.	+10,7	+8,4	+16,8	+15,2	+8,2	+5,7	+8,5	+6,1
Dez. ²	+2,0	-0,4	+18,9	+16,4	+6,9	-9,1	+9,2	+6,6

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Dominierend sind immer noch die Bestellungen aus dem Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, Indikator für die Aufstockung der Vorratslager. Auch wenn man das überhöhte Vorjahresniveau bei den Investitionsgütern berücksichtigt, muß festgestellt werden, daß die Investitionsgüterbestellungen nach wie vor nicht zum Motor der Produktionsentwicklung geworden sind.

Auch bei den generell günstiger verlaufenden Auftragseingängen aus dem Ausland ist vor allem der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich begünstigt. Aber auch bei den Investitionsgütern entwickeln sich die ausländischen Bestellungen günstiger als die aus dem Inland.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
August	+8,3	+12,1	+6,9	+7,2
Sept.	+11,0	+13,7	+9,4	+8,3
Okt.	+9,4	+14,1	+11,3	+8,1
Nov.	+9,0	+14,5	+8,2	+8,6
Dez.	-4,3	+14,1	-6,9	+8,9
Ausland				
August	+11,8	+20,5	+7,3	+13,7
Sept.	+10,9	+17,1	+7,7	+12,7
Okt.	+17,4	+22,4	+17,6	+3,4
Nov.	+14,0	+21,1	+11,6	+8,3
Dez.	+14,9	+26,8	+10,3	+10,5

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Inzwischen hat die sich zögernd fortsetzende Belegung der Konjunktur die meisten Branchen erfaßt, bei allerdings weiterhin erheblichen Differenzen.

Der Ausstoß der **eisenschaffenden Industrie** erreichte 1983 mit 35,7 Millionen Tonnen Rohstahl den tiefsten Stand seit 1966. Der bisherige Produktionshöhepunkt von 1974 mit 53,2 Millionen Tonnen war etwa 50 Prozent höher. Mit erheblicher Verzögerung haben sich die konjunkturellen Belegungstendenzen inzwischen auch in der Stahlindustrie bemerkbar gemacht. Für 1984 wird ein leichter

Produktionsanstieg auf etwa 37 Millionen Tonnen erhofft. Die Auftragslage hat sich verbessert. Trotzdem ist damit keine Entschärfung der Stahlkrise verbunden. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff spricht zur Zeit davon, daß in der Stahlindustrie der BRD in den nächsten beiden Jahren weitere 21 000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, 1983 waren rund 15 000 Stahlarbeitsplätze abgebaut worden.

In der **chemischen Industrie** hatte sich schon 1983 eine expansive Tendenz durchgesetzt. Die Produktion ist um etwa sieben Prozent gestiegen und auch für 1984 wird eine – wenn auch langsamere – Ausweitung der Produktion um etwa drei Prozent erwartet. Treibende Kraft ist dabei der Auslandsumsatz, der sich 1983 um etwa zehn Prozent erhöht hat.

Im Gegensatz zur Expansion der Produktion und der Gewinne steht die Beschäftigungsentwicklung: 1983 ist die Zahl der Beschäftigten um etwa zwei Prozent zurückgegangen, auch für 1984 ist im besten Fall mit einer Stagnation zu rechnen.

Im **Maschinenbau** haben sich Stabilisierungstendenzen erst in den letzten Monaten durchgesetzt. Vor allem dank günstiger Auftragsentwicklung aus dem Ausland steigt die Produktion wieder an. Einem Rückgang von etwa drei Prozent im Jahre 1983 soll ein Anstieg um ebenfalls drei Prozent im laufenden Jahr folgen. Dies wird jedoch den Rückgang der Beschäftigtenzahlen nicht stoppen: 1983 ist diese um etwa 40 000 auf eine Million gesunken, in den letzten drei Jahren wurden im Maschinenbau fast 100 000 Arbeitsplätze vernichtet.

In der **Elektroindustrie** hat sich die Absatzlage deutlich verbessert. Die Produktion hat sich 1983 um etwa ein Prozent erhöht, wobei ganz entscheidend die Expansion in den Bereichen Datenverarbeitung, Nachrichten- und Informationstechnik gewesen ist. Auch hier war die Zunahme der Auslandsnachfrage bestimmend. Trotz der günstigen Absatz- und Produktionsentwicklung hat sich auch hier der Beschäftigungsrückgang fortgesetzt: Die Beschäftigtenzahlen sind um mehr als 30 000 auf etwa 900 000 zurückgegangen. Für 1983 wird ein Wachstum der Produktion von drei Prozent erhofft, wobei der Schwerpunkt ebenfalls weiterhin bei technologisch fortgeschrittenen Investitionsgütern liegen wird. Die Gebrauchsgüterkonjunktur dürfte sich eher etwas abschwächen.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	August	Sept.	Okt.	Nov.
Produzierendes Gewerbe insges.	+0,4	+3,4	+3,3	+5,6
Eisenschaffende Industrie	+2,3	+15,3	+19,5	+24,2
Chemische Industrie	+9,9	+11,7	+11,9	+14,9
Maschinenbau	-11,4	-1,5	-5,3	-0,4
Straßenfahrzeugbau	-1,8	+8,6	+7,7	+11,6
Elektrotechnik	-2,9	+3,0	+3,3	+6,3
EDV-Geräte	+22,1	+12,5	+20,4	+11,7
Textilgewerbe	-9,7	+4,7	-0,6	+4,9
Bekleidungsgewerbe	-2,5	+1,6	+3,0	+10,8
Bauhauptgewerbe	+4,3	-3,1	+1,7	+0,9

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

In der **Automobilindustrie** hatte sich die Produktion im Verlauf des Jahres 1983 deutlich belebt. Die Erzeugung von PKW stieg 1983 um fast drei Prozent, während im Nutzfahrzeugbereich die Tendenz weiter rückläufig war. Die Steigerung der Inlandsproduktion war wesentlich durch die inländische Nachfrage bestimmt, die Pkw-Neuzulassungen expandierten nach einem vierjährigen ununterbrochenen Rückgang kräftig. Der Exportanteil der inländischen Produktionsstätten ging zurück, während die Auslandsproduktion sprunghaft um fast dreißig Prozent zunahm. In der Automobilindustrie wird deutlich sichtbar, daß der Aufbau ausländischer Produktionsstätten auf Kosten der Inlandsproduktion und der Exporte geht.

Für 1984 wird eine – allerdings verlangsamte – Expansion erwartet. Die Beschäftigtenzahlen der Automobilindustrie haben noch einen relativ engen Zusammenhang zur Produktion, sie haben sich 1983 sogar ganz leicht erhöht. Für die Zukunft aber ist im Rahmen von Rationalisierungsprogrammen ein deutlicher Personalabbau zu befürchten.

In den **Textil- und Bekleidungsindustrien** sind Produktion und Absatz in den letzten Monaten angestiegen, die Textilindustrie meldet sogar ein geringfügiges Produktionsplus für das ganze Jahr 1983. Auch die Bekleidungsindustrie rechnet sich für 1984 bessere Absatzchancen aus. Bemerkenswert aber war die Entwicklung in der Textilindustrie: Dort wurde die Zahl der Arbeitsplätze nochmals um 20 000 auf 240 000 reduziert, die Arbeitsproduktivität stieg sprunghaft um acht Prozent an. Der Textilindustrie scheint es inzwischen gelungen zu sein, über Rationalisierung und Konzentration und eine dezidiert außenwirtschaftlich orientierte Absatzstrategie einen Teil ihrer Probleme zu bewältigen: dies allerdings nur um den Preis einer gewaltigen Arbeitsplatzvernichtung. Noch 1970 arbeiteten mehr als eine halbe Million Erwerbstätiger in der Textilindustrie.

Die Lage der **Bauwirtschaft** ist weniger günstig, als es die Aussagen der Bundesregierung vermuten lassen. Zwar ist die Bauproduktion 1983 um etwa zwei Prozent gestiegen und für 1984 wird mit einem weiteren Anstieg um vier Prozent gerechnet. Doch ist die Baukonjunktur noch immer gespalten: Der Wohnungsbau hat sich kräftig erhöht, weniger der Wirtschaftsbau, und im öffentlichen Bau ist der Trend weiter rückläufig. Zudem ist seit einigen Monaten eine Verschlechterung der Auftragslage zu registrieren. Seit dem Herbst 1983 sinkt das Auftragsvolumen des Baugewerbes, im vielgerühmten Wohnungsbau hat die rückläufige Auftragsstendenz schon im Frühjahr 1983 eingesetzt: Damit ist der Wohnungsbau ein geradezu krasses Beispiel für den Mißbrauch der Statistik durch die Bundesregierung. Die Auftragslage im Wohnungsbau hatte nämlich zum Jahreswechsel 1981/82 ihren Tiefpunkt erreicht und war seither bis Mitte 1983 angestiegen. Die Regierungsübernahme der CDU/FDP-Regierung im Herbst 1982 und die im Anschluß daran beschlossenen Maßnahmen haben die Aufwärtstendenz im Wohnungsbau also keineswegs ausgelöst. Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen Kohls und Lambsdorffs beginnt sich die Auftragslage im Wohnungsbau schon wenige Monate nach der Märzwahl zu verschlechtern.

Index der Auftragseingänge im Wohnungsbau¹

1981				1982				1983			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
97	89	81	71	76	81	85	92	103	102	100	95

¹ Index 1980 = 100, Volumen, saisonbereinigte Ziffern
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Wenn auch die Zeitverzögerung zwischen Auftragsvergabe und Produktionstätigkeit in der Bauwirtschaft beträchtlich ist, so muß doch die frühzeitige Abschwächung der Bauaufträge schon in der Frühphase der allgemeinen Belegung Besorgnis erregen.

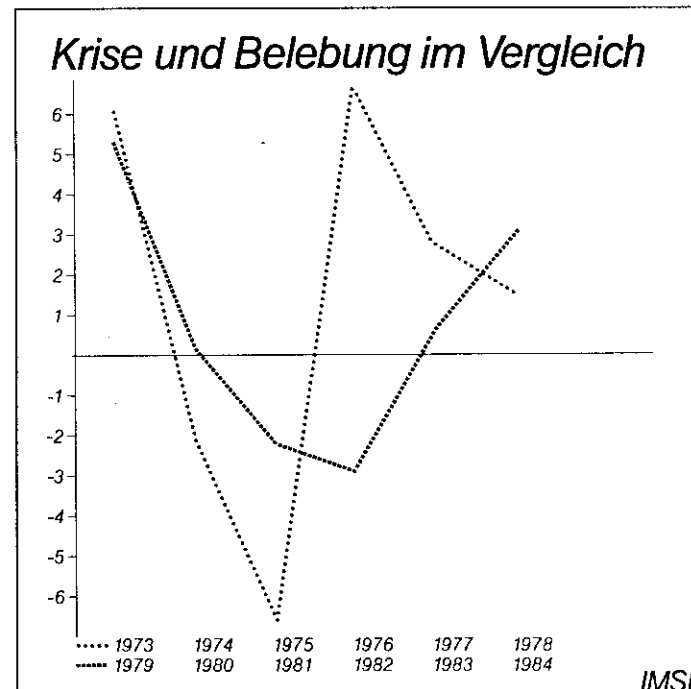
Im **Einzelhandel** hat sich die Absatzlage in den letzten Monaten nicht weiter verbessert. Zwar konnte der Umsatz 1983 preisbereinigt um 0,6 Prozent erhöht werden, angesichts rückläufiger Massenkaufrkraft ein unerwartet positives Ergebnis. Trotzdem gingen im Einzelhandel etwa 60 000 Arbeitsplätze (2,5 Prozent) verloren. Im Dezember aber wurde der Vorjahresumsatz real um mehr als ein Prozent unterschritten, die Bereitschaft der Verbraucher zum „Entsparen“ und zur Konsumentenverschuldung ist offensichtlich begrenzt.

Ein Vergleich der beiden zyklischen Belegungsphasen nach den Krisen von 1974/75 und 1980/82 macht deutlich, wie stark sich langanhaltende Krisenfaktoren auch in der konjunkturellen Besserungsphase bemerkbar machen. Selbst wenn sich die relativ optimistischen Hoffnungen für 1984 bewahrheiten sollten, so werden die beiden Belegungsjahre 1983 und 1984 nicht ausreichen, um den Rückfall der Industrieproduktion in der Krise auszugleichen.

Krise und Belebung im Vergleich¹

1973	1974	1975	1976	1977	1978
+6,0	-2,2	-6,7	+6,6	+2,7	+1,5
1979	1980	1981	1982	1983	1984 ²
+5,2	+0,1	-2,2	-3,0	+0,5	+3,0

1 Veränderung der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr
2 Erwartet
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Taschenbuch)



Vor allem ein Vergleich der Jahre 1976 und 1977 mit den Jahren 1983 und 1984 zeigt, wie stark die konjunkturelle Dynamik und damit auch die überzyklische Wachstumsdynamik abgenommen haben.

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit hat sich 1983 belebt, allerdings wesentlich schwächer als in vorangegangenen konjunkturellen Aufschwungsphasen. Für 1984 wird eine Verstärkung der Investitionstätigkeit erhofft, die aber wesentlich von den Bauinvestitionen getragen sein soll.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984 ²
Anlageinvestitionen							
insgesamt	+4,9	+7,3	+3,2	-4,2	-5,4	+2,4	+4,5
Ausrüstungen	+8,3	+9,6	+2,5	-3,5	-6,6	+4,5	+4,0
Bauten	+2,6	+5,6	+3,7	-4,6	-4,5	+0,9	+4,5

1 Reale Veränderung in Prozent
2 Prognose der Forschungsinstitute
Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/84, S. 9; DIW-Wochenbericht, 42-43/1983)

Im Kernbereich der kapitalistischen Ökonomie ist die Dynamik der Investitionstätigkeit noch schwächer.

Die Tatsache, daß die Unternehmen in ihren Investitionsplänen für 1984 wiederum real leicht niedrigere Investitionen planen, obwohl Produktion und Absatz zunehmen, erklärt sich aus dem Einfluß der Investitionsprämie: Erst für 1984 vorgesehene Investitionen wurden ins Jahr 1983 (Ablauf der Auslieferungsfrist) vorgezogen. Der Anteil der Kapazitätserweiterungsinvestitionen wird demnach 1984 trotz Belebung nur wenig zunehmen, das Rationalisierungsmotiv bleibt bestimmend.

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe¹

	1975	1976	1977	1978	1979
Nominal	34,0	37,0	38,0	40,6	46,1
Real ²	40,8	42,7	43,8	44,2	48,5
Real, in %	-9	+5	+3	+1	+10
	1980	1981	1982	1983	1984 ³
Nominal	53,4	52,8	52,3	53,3	54,4
Real ²	53,4	50,4	47,9	47,4	47,0
Real, in %	+10	-5	-6	-1	-1

1 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe, Mrd. DM
2 In Preisen von 1980
3 Investitionspläne
Quelle: Ifo-Schnelldienst 32/1983; Wirtschaftskonjunktur 1/1984, Sonderbeilage; Zahlen zur Investitionstätigkeit)

Zielsetzung der Investitionen¹

	1982	1983	1984
Kapazitätserweiterung	19	18	22
Rationalisierung	53	55	53
Ersatzbeschaffung	28	27	25

1 Anteile in %, 1984 geplant
Quelle: Ifo-Schnelldienst 32/1983, S. 21

Die anhaltende Investitionsschwäche im verarbeitenden Gewerbe erklärt sich vor allem aus dem nach wie vor niedrigen Auslastungsgrad der Kapazitäten. Dieser steigt zwar seit einem Jahr wieder an, liegt aber mit wenig über 80 Prozent immer noch um fünf Prozent unter dem Niveau vor Ausbruch der zyklischen Krise.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,4
1983	76,0	77,7	79,0	80,7

1 In % der betrieblichen Vollaustattung, 1975 jeweils Januar, April, Juli und Oktober
Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/83, S. 2)

Es fällt insbesondere auf, daß der Auslastungsgrad im Investitionsgüterbereich immer noch auf dem Niveau der Krise liegt und zwischen Juni und Dezember sogar leicht gesunken ist. Ein kräftiger Anstieg ist bisher nur im Vorproduktebereich zu verzeichnen.

Es bleibt festzuhalten, daß die Akkumulation von Realkapital auch fünf Vierteljahre nach Überwindung des Krisentiefpunkts noch nicht wieder an Dynamik gewonnen hat. Damit ist die wichtigste Triebkraft konjunktureller Aufschwünge bis jetzt schwach geblieben.

1.5 Außenwirtschaft

Der Außenhandel der Bundesrepublik hat sich zur Jahresmitte 1983 deutlich belebt. Im Jahresdurchschnitt 1983 kommt dieser Umschwung jedoch nicht zum Ausdruck: Exporte und Importe haben demnach nur geringfügig zugenommen, preisbereinigt haben die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr stagniert. Der Exportüberschuß ist zurückgegangen, mit 42 Milliarden DM ist es aber immer noch der dritthöchste Saldo in der Geschichte der Bundesrepublik.

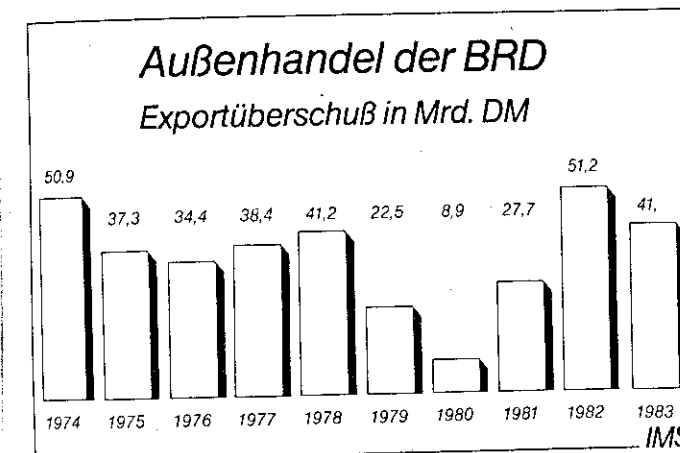
Das recht günstige Ergebnis im Außenhandel ist zu einem erheblichen Teil der Entwicklung des Nordamerikahandels zuzuschreiben: Hier wurde das Defizit von etwa einer Milliarde im Jahre 1982 in einen Überschuß von vier Milliarden verwandelt. Die Ursache ist in der Entwicklung des Wechselkurses zu suchen: Die Aufwertung

des Dollars erleichtert Exporte in den Dollar-Raum und erschwert Importe. Günstig entwickelt hat sich auch der Handel mit den sozialistischen Ländern, die ihre Importe deutlich ausgeweitet haben.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM
1974	230,6	+29,3	179,7	+23,6	+50,9
1975	221,6	-3,9	184,3	+2,6	+37,3
1976	256,6	+15,8	222,2	+20,5	+34,4
1977	273,6	+6,6	235,2	+5,9	+38,4
1978	284,9	+4,1	243,7	+3,6	+41,2
1979	314,5	+10,4	292,0	+19,8	+22,5
1980	350,3	+11,4	341,4	+16,9	+8,9
1981	396,9	+13,3	369,2	+8,1	+27,7
1982	427,8	+7,8	376,6	+2,0	+51,3
1983	432,3	+1,2	390,4	+2,9	+42,0

1 In % gegenüber dem Vorjahr
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Außenhandel nach Ländern¹

	1980	Einfuhren 1982	1983	1980	Ausfuhren 1982	1983
Kapitalistische Industrieländer	74,4	76,1	78,1	79,3	77,8	79,0
darunter:						
EG-Länder	46,9	48,1	49,2	49,1	48,1	48,4
USA/Kanada	8,6	8,4	7,9	6,8	7,2	8,1
Japan	3,0	3,3	3,7	1,1	1,2	1,3
Entwicklungsländer	20,4	18,2	16,2	14,8	17,0	15,5
darunter:						
OPEC-Länder	11,0	8,7	6,9	6,5	8,9	7,3
Sozialist. Länder ²	5,1	5,7	5,7	5,5	4,8	5,2

1 Warenverkehr, Anteile in Prozent
2 Ohne Handel mit der DDR
Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Überschüsse werden inzwischen im Handel mit nahezu allen Ländern und Regionen erzielt: Selbst der Handel mit den OPEC-Ländern erbringt seit 1982 positive Salden. Dies, obwohl die Ausfuhr in diese Ländergruppe 1983 regelrecht eingebrochen ist.

Defizite entstehen zur Zeit im Handel mit den Niederlanden und Norwegen, was wesentlich mit Erdgas- und Erdöllieferungen zusammenhängt. Auch der Handel mit Japan ist defizitär. Er spielt allerdings für den gesamten Außenhandel nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Zudem ist darauf zu verweisen, daß z. B. allein die im Handel mit Österreich erzielten Überschüsse größer sind als die Defizite im Japanhandel.

Jedenfalls besteht nicht der geringste Anlaß, die internationale Konkurrenzfähigkeit der BRD bedroht zu sehen. Dies ergeben im übrigen auch Untersuchungen, die auf subjektiven Einschätzungen der Unternehmer basieren. Das European Management Forum (EMF), eine konservative Stiftung, die alljährlich das „marktradika-

le“ Davos-Symposium ausgerichtet, sieht die Bundesrepublik seit Jahren auf Platz vier der Rangliste; lediglich Japan, die Schweiz und die USA liegen danach in der Einschätzung dieser Institution vor der Bundesrepublik. Die 18 weiteren Mitglieder der OECD, auch die großen westeuropäischen Industrieländer, werden weit ungünstiger beurteilt.

Auch die vor einigen Jahren viel diskutierte Leistungsbilanz, eine Zusammenfassung der Handelsbilanz, der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz (Reiseverkehr, Gastarbeiterüberweisungen, Zahlungen an EG usw.) weist wieder einen Überschuß aus.

Leistungsbilanz¹

	Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Übertragungsbilanz	Leistungsbilanz
1978	+41,2	-8,1	-17,6	+17,5
1979	+22,4	-12,4	-20,8	-10,1
1980	+8,9	-14,7	-24,0	-29,8
1981	+27,9	-17,9	-27,2	-16,6
1982	+51,3	-16,2	-28,3	+8,6
1983	+42,0	-9,6	-26,5	+8,4

1 Mrd. DM, Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz
2 Teilweise geschätzt
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Das ist – neben dem hohen Überschuß im Außenhandel – einer starken Verringerung des Defizits in der Dienstleistungsbilanz zu verdanken, in der sich vor allem die Bilanz des Reiseverkehrs niederschlägt.

Die hohen Dollarzinsen und der Anstieg des Wechselkurses des Dollars gegenüber fast allen anderen Währungen könnte vermuten lassen, daß die Bundesrepublik als Anlageland und die DM als Anlagewährung an Bedeutung eingebüßt haben. Wie eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank zeigt, ist die DM aber die zweitwichtigste internationale Reservewährung geblieben, die DM-Anlagen von Ausländern haben in den letzten Jahren weiter zugenommen.

Devisenreserven nach Währungen¹

	1978	1980	1982
US-Dollar	76,9	68,7	71,4
DM	9,9	13,8	11,6
Yen	2,5	3,5	3,9
Schweizer Franken	1,4	3,1	2,7
Pfund Sterling	1,5	2,9	2,2

1 Anteile an den offiziellen Devisenbeständen in %
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1984, S. 20)

Der Rückgang des DM-Anteils 1982 ist nicht einer Schwächung der DM als Reservewährung, sondern lediglich Wechselkursverschiebungen geschuldet: die Aufwertung des Dollars zwischen 1980 und 1982 um 20 Prozent hat den DM-Anteil optisch gedrückt.

Als Anlagewährung für private und öffentliche Kapitalanlagen hat die DM in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Die hohen US-Zinsen und die Wechselkursverschiebungen zugunsten des Dollars haben also keineswegs die Kapitalströme aus der BRD bzw. von der DM weggelenkt.

Die Tabelle gibt einen – allerdings unvollständigen – Überblick über die von Ausländern in DM-Werten angelegten Kapitalmassen. Dabei sind vor allem die Informationen über die DM-Anlagen außerhalb der Bundesrepublik, also an internationalen Kapitalmärkten, unvollständig. Die auch durch die Dollar-Hausse ungebrochene Attraktivität der DM als Anlagewährung hat für die wirtschaftspolitische Strategie der Bundesrepublik und die BRD-Konzerne eine zentrale Bedeutung: Sie erleichtert die Finanzierung der Expansion, insbesondere der Direktinvestitionen im Ausland. Bemerkenswert ist vor allem, daß es 1981 und 1982 gelungen ist, nicht nur das damalige Defizit in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik vollständig über ausländische Geldkapitalanlagen in der Bundesre-

Ausländische DM-Anlagen¹

	1979	1980	1981	1982	1983
DM-Anlagen in der Bundesrepublik darunter:	162	206	268	285	306
Im Bankensystem	89	106	121	115	120
Bei Privaten und Unternehmen	54	69	86	98	101
Bei der öffentlichen Hand	17	29	58	69	82
DM-Anlagen am Euromarkt ² darunter:	273	323	337	355	369
DM-Anlagen bei Banken außerhalb der BRD	219	266	280	296	307
DM-Auslandsanleihen bei Ausländern	54	57	57	59	62
DM-Anlagen von Ausländern insgesamt	435	529	605	640	675

¹ In Milliarden DM, jeweils Jahresmitte
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1984, S. 13 ff.)

publik zu finanzieren, sondern darüber hinaus auch noch die Kapitalexperte der Konzerne und Banken des Landes. Die Bundesbank vermerkt hierzu: „Es muß als ein besonderer Erfolg der deutschen Wirtschafts- und Geldpolitik angesehen werden, daß es damals der Bundesrepublik gelang, sich die benötigten Auslandsmittel praktisch ausschließlich in eigener Währung zu beschaffen, während andere Länder mit ähnlich hohen Zahlungsbilanzdefiziten häufig gezwungen waren, sich in Fremdwährung zu verschulden“ (Monatsberichte, a.a.O., S. 15).

Was die Bundesbank verschweigt ist die Tatsache, daß dieser „Erfolg“ nur vor dem Hintergrund einer restriktiven, arbeitsplatzvernichtenden Wirtschaftspolitik und einer zinstreibenden Geldpolitik erzielt werden konnte. Dies ist ein wichtiger Faktor zur Verlängerung der Krise und zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit gewesen.

2. Unternehmervgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmervgewinne

Die „Einkommen aus Unternehmervtätigkeit und Vermögen“ als Indikator der Unternehmervgewinne haben ihren Anstieg beschleunigt fortgesetzt. Brutto, d. h., vor Abzug der Steuern, sind sie ähnlich stark wie 1976 angestiegen, netto, nach Abzug der direkten Steuern, aber noch rascher. Die Nettogewinne machten damit den größten Sprung seit 1970.

Einkommen aus Unternehmervtätigkeit und Vermögen

	1980		1981		1982	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Brutto	307	+ 0,9	304	+ 1,2	322	+ 6,2
Netto	245	+ 0,5	245	0,0	264	+ 7,5
Abschreibungen	173	+ 10,9	188	+ 8,6	200	+ 6,4

	1983		1984 ¹	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Brutto	361	+ 11,9	384	+ 6,5
Netto	300	+ 13,5	321	+ 7,0
Abschreibungen	210	+ 4,8	223	+ 6,0

¹ Prognose des DIW
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1-2/1984)

Die Firmengewinne im engeren Sinne sind noch deutlich rascher angestiegen. Die Frankfurter BHF-Bank ermittelt auf der Grundlage der Gewinnanalyse bei 60 großen Aktiengesellschaften der Industrie für 1983 einen Anstieg um 20 Prozent. Für 1984 wird eine Fortsetzung des kräftigen Aufwärtstrends erwartet mit einer noch-

maligen Zunahme um 15 Prozent. Geht man von den durch Ertragsanalysen ermittelten „Gewinnen je Aktie“ aus – die allerdings einen Vergleich zwischen den Gesellschaften nicht erlauben – so ergibt sich zwischen 1982 und 1984 eine Gewinnsteigerung um etwa 50 Prozent.

Gewinne je Aktie¹

	1982	1983	1984
Veba	10,50	13,—	16,—
Siemens	36,—	40,—	45,—
Daimler-Benz	63,—	66,—	70,—
VW	0,—	0,—	15,—
Hoechst	11,50	17,—	20,—
Bayer	10,—	13,—	16,—
BASF	11,—	14,—	17,—
Thyssen	0,—	0,—	5,—
Mannesmann	21,—	10,—	12,—
Kaufhof	11,—	14,—	16,—
Hochtief	74,—	63,—	58,—
Gutehoffnungshütte	11,—	2,—	5,—

¹ DM je 50-DM-Aktie, ohne Steuergutschrift
(Quelle: BHF-Bank, Stand 31. 12. 1983)

Gewinnverbesserungen sind nahezu in allen Bereichen zu verzeichnen, selbst in der Stahlindustrie werden wieder Überschüsse erzielt.

In der Gesamtwirtschaft kann für die drei Jahre zwischen 1982 und 1984 ein Gewinnanstieg um etwa 30 Prozent angenommen werden, während die Investitionen im gleichen Zeitraum nur um etwa sieben Prozent ansteigen. Ein Zusammenhang zwischen Gewinnentwicklung und Sachanlageinvestitionen ist also weniger denn je sichtbar. Vor allem die großen Konzerne sind in der Lage, ihre Investitionsprogramme voll aus den Abschreibungen zu decken, die Profite werden an den Geld- und Kapitalmärkten zins- und renditeträchtig angelegt.

Ein sicher extremes, aber doch die Verhältnisse bei den meisten großen Konzernen in der Tendenz richtig wiedergebendes Beispiel ist die Siemens AG.

Bilanzkennziffern Siemens AG¹

	1981/82 Mrd. DM	1982/83 Mrd. DM
Weltumsatz	40106	39471
Gewinn nach Steuern	1250	1610
Liquide Mittel	11115	16551
Sachinvestitionen	1712	1593
Selbstfinanzierungsquote	163%	202%
Belegschaft	324000	313000
davon Inland	220000	212000

¹ Geschäftsjahr endet jeweils am 30. 9. des Jahres
(Quelle: Geschäftsbericht)

Dem Konzern gelang es, trotz eines leichten Umsatzrückgangs den Gewinn um etwa 30 Prozent zu steigern. Trotzdem wurden die Sachanlageinvestitionen reduziert, ähnlich wie die Belegschaft, vor allem im Inland. Die Sachanlageinvestitionen konnten nicht nur voll aus Abschreibungen und Gewinnen finanziert werden, die Selbstfinanzierungsquote von mehr als 200 Prozent macht deutlich, daß die selbsterwirtschafteten Mittel mehr als doppelt so groß wie die Investitionen waren. Infolgedessen wuchsen die liquiden, als Geldkapital angelegten Mittel des Konzerns weiter auf 16,5 Milliarden DM an. Die Hälfte des Konzerngewinns ist Geldgeschäften zu verdanken.

Finanziert wurden diese gewaltigen liquiden Reserven auch über die Steuerpolitik. So zahlte der Siemens-Konzern in den letzten zehn Jahren etwa 4,8 Milliarden DM an Ertrags- und Vermögenssteuern. Im gleichen Zeitraum erhielt er allein aus dem Bundesministerium für Forschung 4,2 Milliarden DM an Forschungssubventionen. Da Siemens auch in großem Umfang an Forschungsmitteln aus dem Bundesverteidigungsministerium partizipiert, erhält der Konzern offensichtlich aus den öffentlichen Kassen mehr als er einzahlt.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozeß hat sich – zumindest nach den oberflächlichen Kennziffern – 1983 etwas verlangsamt. Zwar liegt die Zahl der Insolvenzen immer noch etwas über dem Vorjahresstand, die Tendenz ist aber seit der Jahresmitte 1983 wieder rückläufig. Auch die Zahl der anzeigepflichtigen Fusionen ist gesunken.

Insolvenzen und Fusionen

	1970	1975	1976	1977	1978
Insolvenzen	4201	9195	9361	9562	8722
Fusionen	305	448	453	554	558

	1979	1980	1981	1982	1983
Insolvenzen	8319	9144	11653	15877	16056
Fusionen	602	635	618	603	506

(Quelle: Creditreform, Neuss; Bundeskartellamt, lt. Presseberichten)

International ist mit der Krise 1980/82 vor allem die Zahl der Großfusionen angestiegen.

Großfusionen¹ in kapitalistischen Industrieländern

	Fälle	Betroffener Umsatz in Mrd. Dollar	Betroffene Beschäftigte in 1000
1976	18	25,3	494
1977	21	20,6	396
1978	45	34,6	531
1979	49	49,2	633
1980	49	60,9	726
1981	57	82,7	734
1982	46	54,3	444

¹ Fusionen mit mindestens 5000 Beschäftigten oder 0,4 Mrd. Dollar Jahresumsatz
(Quelle: IPW-Berichte 12/1983, S. 56)

Im Mittelpunkt von Großfusionen standen und stehen Erdölkonzerne. Hier sind erst in den letzten Monaten wieder zwei bedeutende Transaktionen bekannt geworden: die niederländisch/britische Shell-Gruppe übernahm im Januar 1984 die amerikanische Shell-Oil vollständig. Die freien Aktionäre sollen für 5,2 Milliarden Dollar abgefunden werden. Noch gewaltiger ist die ebenfalls im Januar bekanntgewordene Übernahme des amerikanischen Ölkonzerns Getty Oil durch Texaco. Der bisher größte Unternehmenszusammenschluß aller Zeiten kostet Texaco 9,9 Milliarden Dollar.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Einkommensentwicklung der Lohn- und Gehaltsempfänger hat sich – nominal – 1983 weiter verlangsamt. Die tariflichen Arbeitseinkommen sind nur noch um knapp dreieinhalb Prozent angestiegen, langsamer als in jedem Jahr zuvor.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
	+8,5	+5,9	+6,9	+5,6	+4,8	+6,6	+5,4	+4,0	+3,3

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Allerdings hat sich der Rückgang der realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten, also der Reallohne und -gehälter, gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. Die Preise sind 1983 langsamer angestiegen als in den Vorjahren. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter trotz Belegungstendenzen weiter zurückgegangen ist, ein Beleg für die „Entkoppelung“ von Konjunktur und sozialer Lage.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,1	+4,3	+2,1	+1,5	+4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,5	+3,8	+0,8	-0,4	+3,0
Je Beschäftigten	+5,0	+4,4	+2,9	+2,0	+3,0
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0	+3,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,5	-1,5	-2,4	-1,0	0,0

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des DIW
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1-2/1984)

1984 sollen die realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten erstmals seit 1979 nicht weiter sinken. Nach der Prognose des DIW ist eine Stagnation zu erwarten, nach der Jahresprojektion der Bundesregierung (Jahreswirtschaftsbericht) wird es nochmals einen leichten Rückgang um etwa 0,5 Prozent geben.

Kaufkraft der durchschnittlichen Nettoverdienste¹

	1979	1980	1981	1982	1983
	24358	24236	23900	23343	23100

¹ Durchschnittliches Jahreseinkommen in Preisen von 1983, in DM
(Quelle: Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes)

Damit sank die Kaufkraft eines durchschnittlichen Jahresarbeitseinkommens zwischen 1979 und 1983 um mehr als fünf Prozent, der Kaufkraftverlust beträgt – in Preisen von 1983 – nahezu 1300 DM im Jahr.

Trotz der für 1984 erwarteten Stagnation der Reallohne und auch der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltssumme dürften die Masseneinkommen real weiter sinken: Die Sozialeinkommen werden 1984 nominal nur noch um etwa zwei Prozent ansteigen, d.h. real zurückgehen.

Die Lohndrift, d. h. die Differenz im Anstieg der Tarif- und Effektiv-einkommen, ist erst seit dem dritten Vierteljahr 1983 wieder positiv.

Lohndrift¹

	1982				1983		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Tariflöhne	+4,6	+4,5	+3,8	+3,9	+4,0	+3,7	+3,2
Effektivlöhne	+5,8	+3,1	+3,2	+3,7	+2,2	+3,1	+3,7
Lohndrift	+1,2	-1,4	-0,6	-0,2	-1,8	-0,6	+0,5

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 3/84, S. 32)

Dies hängt mit der Entwicklung der Kurzarbeit zusammen, die im Jahresverlauf zurückgegangen ist.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung hat sich 1983 unter dem Einfluß niedriger Rohstoffpreise und unter dem Druck der Krise deutlich verlangsamt.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industrie-preise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandels-preise	Import-preise
1978	+2,7	+1,2	-5,4	+2,4	-5,2
1979	+4,1	+5,0	+2,1	+4,3	+12,9
1980	+5,5	+7,6	+1,7	+5,4	+17,1
1981	+5,9	+7,7	+6,0	+5,3	+14,0
1982	+5,3	+5,7	+4,4	+4,8	+1,5
1983	+3,0	+1,5	-2,5	+2,4	0,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Allerdings ist diese Tendenz zur Jahresmitte 1983 gestoppt worden, inzwischen scheint sich die Inflation eher wieder etwas zu beleben.

Lebenshaltungsindex 1983/84

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Juli	+0,4	+2,5
August	+0,3	+3,0
September	+0,2	+2,9
Oktober	0,0	+2,6
November	+0,2	+2,6
Dezember	+0,2	+2,6
Januar	+0,5	+2,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Überdurchschnittlich stark sind die Mieten angestiegen: Der Preisindex für Wohnungsmieten, der in früheren Jahren immer etwas langsamer angestiegen ist als der Index der Lebenshaltung, hat sich 1983 entgegen der allgemeinen Tendenz stärker erhöht.

Index der Wohnungsmieten

1980	1981	1982	1983
+5,1	+4,3	+5,0	+5,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1984)

Relativ stabil sind dagegen die Nahrungsmittelpreise geblieben. Sie lagen im Durchschnitt von 1983 nur um 2,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dies hängt mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zusammen. Während diese erheblich gesunken sind, haben sich die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel aber weiter erhöht. Die als „Terms of Trade“ der Landwirtschaft bezeichnete Schere zwischen Betriebsmittelpreisen und Verkaufspreisen hat sich weiter zuungunsten der Landwirtschaft geöffnet: Ende 1983 war die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um ein Fünftel niedriger als 1976, d. h., aus dem Erlös einer bestimmten Menge an landwirtschaftlichen Produkten konnte sich der Bauer ein Fünftel weniger an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln kaufen als 1976. Infolgedessen ist das landwirtschaftliche Einkommen im Wirtschaftsjahr 1983/84 drastisch gesunken: Mit etwa 20 500 DM je Familienarbeitskraft wird es nochmals um etwa drei Prozent unter dem Stand von 1980/81 liegen und um mehr als 20 Prozent unter dem Rekordstand des Jahres 1982/83.

3.3 Sozialabbau

Die zahlreichen Einschränkungen im System der sozialen Sicherung haben sich schon 1983 empfindlich bemerkbar gemacht. Aber erst im laufenden Jahr wird in vollem Umfang von den Betroffenen gespürt, wie tief die Einschnitte waren. In der folgenden Tabelle wird am Beispiel eines Arbeiterhaushalts gezeigt, wie verschiedene Kürzungsmaßnahmen sich auswirken können.

Beispiel: Arbeiterhaushalt, ein Einkommen¹

	1982	1983	1984
Monatliches Bruttoeinkommen	2646	2727	2812
Belastungen:			
- Rezeptgebühr + Selbstbeteiligung bei Heilmitteln/Fahrkosten 1982	5,—	5,—	5,—
- Erhöhung Rezeptgebühr + Ausweitung der Selbstbeteiligung 1983	—	2,—	2,—
- einmaliger Krankenhausaufenthalt 14 Tage à 5 DM = monatlich	—	5,80	—
- einmaliger Kuraufenthalt 30 Tage à 10 DM = monatlich	—	25,—	—
- Beitragsanhebung BA, GRV	5,90	8,10	20,—
- Kürzung des Krankengeldes durch Beitragspflicht	—	—	206,55
- Erhöhung Tabak- und Schaumweinsteuer	7,50	15,—	15,—
- Erhöhung Umsatzsteuer	—	7,50	15,—
- Mietanstieg im freifinanzierten Wohnungsbau	—	40,—	40,—

Beispiel: Arbeiterhaushalt, ein Einkommen¹

	1982	1983	1984
- Herabsetzung der Arbeitnehmerersparzulage	7,30	7,30	7,30
Belastungen insgesamt	25,70	115,70	310,85

¹ In DM, monatliche Belastungen
(Quelle: Adamy/Steffen, unveröffentlichtes Manuskript)

Folgende Zusatzbelastungen sind 1984 in Kraft getreten:

- einmalige Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) werden stärker beitragspflichtig zur Sozialversicherung;
- Krankengeld wird beitragspflichtig zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung;
- das Mutterschaftsgeld für erwerbstätige Mütter wird von 750 auf 510 DM monatlich gekürzt;
- das Übergangsgeld bei beruflicher Rehabilitation wird auf 70 bzw. 65 Prozent des früheren Nettoeinkommens gesenkt;
- die Leistungssätze der Arbeitslosenunterstützung werden für Empfänger ohne Kinder um fünf bzw. zwei Prozent auf 63 (Arbeitslosengeld) bzw. 56 (Arbeitslosenhilfe) Prozent des früheren Nettoeinkommens gesenkt;
- Jugendliche, die nach Ausbildungsabschluß nicht mehr übernommen werden, erhalten nur noch die Hälfte des erzielbaren Facharbeiterlohns als Unterstützung;
- Schwerbehinderte müssen für die Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln eine Eigenbeteiligung leisten.

Entscheidend sind auch die Kürzungen für Rentner. Folgendes Beispiel (Rentnerhepaar, eine Person gehbehindert) macht die Dimension deutlich.

Beispiel: Rentnerhepaar¹

	1982	1983	1984	1985
Renten nach altem Recht	1000,—	1056,—	1110,—	1155,—
Nach neuem Recht	1000,—	1023,—	1052,—	1065,—
Sonstige Belastungen				
- Erhöhung der Rezeptgebühren und der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung 1982	2,50	2,50	2,50	2,50
- Erhöhung der Rezeptgebühr und der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung 1983	1,—	1,—	1,—	1,—
- Eigenbeteiligung bei Fahrten im öffentlichen Personenverkehr	—	—	7,50	10,—
- Erhöhung der Tabak- und Schaumweinsteuer	6,—	12,—	12,—	12,—
- Erhöhung der Umsatzsteuer	—	5,—	10,—	10,—
- Mietanstieg wegen Zinsanhebung im sozialen Wohnungsbau	20,—	20,—	20,—	20,—
- Einschränkung beim Wohngeld 1982	5,—	5,—	5,—	5,—
- Einschränkung beim Wohngeld 1983	—	24,—	24,—	24,—
Einkommenseinbuße insgesamt	33,50	102,50	139,85	174,90

¹ In DM, monatliche Belastungen
(Quelle: Adamy/Steffen, ebd.)

Dies alles sind Einbußen, die nur zum Teil ihren Ausdruck im Anstieg des allgemeinen Lebenshaltungsindex finden. Die Einschränkungen beim Wohngeld und bei den Fahrtkosten sind zusätzlich, mindern also das verfügbare Nominaleinkommen. Im vorliegenden Beispiel werden die bescheidenen nominalen Rentensteigerungen von 52,- DM monatlich zwischen 1982 und 1984 allein durch diese beiden Posten fast völlig aufgezehrt.

3.4 Einkommensverteilung

Das Jahr 1983 war ein Jahr deutlicher Einkommensumverteilung zugunsten der Gewinne. Die unbereinigte Brutto Lohnquote erreichte mit 71,7 Prozent wieder den Stand von 1978/79 bzw. den von 1973/74. Bereinigt man diese Quote um den Anstieg des Anteils der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen, erhält man einen Wert von 63,5 Prozent, der sogar noch etwas niedriger ist als der von 1971/72, also vor Ausbruch der Krise von 1974/75.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bereinigte Lohnquote ²	Nettolohn- und -gehaltssumme	Bereinigte Lohnquote ²
	Tatsächliche Lohnquote		Tatsächliche Lohnquote	
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1976	71,8	64,6	42,0	37,8
1977	72,2	64,6	41,9	37,5
1978	71,4	63,6	41,8	37,3
1979	71,5	63,4	41,9	37,2
1980	73,3	64,7	42,2	37,3
1981	74,4	65,6	42,4	37,4
1982	73,7	65,1	41,4	36,5
1983	71,7	63,5	39,7	35,1

¹ Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen
² Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960
(Quellen: Statistisches Bundesamt, Lange Rehen 1982; Wirtschaft und Statistik, 1/84, S. 10; Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1983/84, S. 87)

Bezieht man aber die Nettolohnsumme auf das Volkseinkommen, so errechnet sich – sowohl unbereinigt wie bereinigt – eine Quote, die so niedrig ist wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Nimmt man ein konjunkturell vergleichbares Jahr, das Jahr 1976, so zeigt sich, daß die letzte Krise den Umverteilungsprozeß stark gefördert hat. Die bereinigte Brutto Lohnquote – diese entspricht dem an den Kosten orientierten Blickwinkel der Unternehmer – liegt um mehr als ein Prozent unter dem Stand von 1976.

Nach den vorliegenden Prognosen soll sich die Verteilung auch 1984 weiter zugunsten der Gewinne verschieben. Auf der Grundlage der DIW-Prognose ergäbe sich eine unbereinigte Brutto Lohnquote von 71,2 Prozent. Die bereinigte Quote läge dann mit knapp 63 Prozent auf dem Stand von 1970.

Eine fiktive Rechnung – bei der das Volkseinkommen bleibt wie vom DIW prognostiziert, nur anders verteilt wird – macht deutlich, daß auch die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche keineswegs zu völlig neuen Verteilungsdimensionen führen würde.

Einkommensverteilung bei Einführung der 35-Stunden-Woche 1984¹

	40-Stunden-Woche ²		35-Stunden-Woche ²	
	Mrd. DM	In % ²	Mrd. DM	In % ²
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	950 Mrd.	+ 3,5	1012 Mrd.	+ 10,5
Aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	384 Mrd.	+ 6,5	322 Mrd.	- 13,5
Unbereinigte Lohnquote	71,2%		75,9%	
Bereinigte Lohnquote	63,0%		66,6%	

¹ Auf der Grundlage der DIW-Prognose für 1984

² Gegenüber 1983
(Quelle: Eigene Berechnungen; Wirtschaft und Statistik 1/84; DIW-Wochenbericht 1-2/1984)

Ausgegangen wird von der Annahme, daß die Arbeitszeitverkürzung etwa zur Hälfte beschäftigungswirksam – und damit auch kostenwirksam – wird, d. h., es entstünden etwa 1,5 Millionen zusätzli-

che Arbeitsplätze. Der Rest würde durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität aufgesogen – wobei zu dem ohnehin (auch ohne Arbeitszeitverkürzung [AZV]) geplanten Anstieg noch ein zusätzlicher Effekt als Folge der AZV gerechnet wird. Bei vollem Lohnausgleich – hier wird zu dem prognostizierten Anstieg der Bruttoeinkommen um 3,5 Prozent ein AZV-bedingter Anstieg um 7 Prozent gerechnet – würde die Lohn- und Gehaltssumme 1984 um etwa 10,5 Prozent ansteigen. Die aus diesen Angaben errechnete bereinigte Brutto Lohnquote läge zwar mit 66,6 Prozent um drei Prozent über dem Vorjahreswert, aber nur um ein halbes Prozent über dem bisherigen Höhepunkt von 1975. Zudem muß berücksichtigt werden, daß die Nettolohnquote weit schwächer ansteigen würde, da das Steuersystem die Unternehmergewinne zusätzlich entlasten würde.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes um 1,5 Millionen Arbeitslose, die Entlastung der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen um schätzungsweise 36 Milliarden DM (ca. 24 000 je Arbeitslosen) und die Ausweitung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter der Gesamtentwicklung kräftige Impulse verleihen würde.

Eine beschäftigungswirksame AZV muß mit einer deutlichen Umverteilung zu Lasten der Gewinne verbunden sein – dies ist gewollt und notwendig, um der Konjunktur neue Impulse zu geben. Diese Umverteilung ist aber selbst bei einer sofort wirksamen AZV auf 35 Stunden keineswegs so einschneidend, wie die Phantasiezahlen aus Unternehmerkreisen glauben machen wollen.

3.5 Aktionen der Arbeiterklasse

Die Tarifabschlüsse in den zurückliegenden Monaten des Jahres 1983 und Anfang 1984 betreffen nur kleinere Branchen und liegen im materiellen Niveau mit 2,9 bis 3,2 Prozent Erhöhung nur unwesentlich über der derzeitigen Inflationsrate. Sie sind damit nicht in der Lage, die vergangenen Realeinkommensverluste auszugleichen.

Trotz des insgesamt niedrigen Niveaus waren zur Durchsetzung dieser Abschlüsse in einigen Fällen die Vorbereitung oder auch Anwendung von Arbeitskämpfmaßnahmen notwendig. Erst nach der Vorbereitung der Schlichtung und der Ankündigung von Kampfmaßnahmen waren die fünf großen Mineralölkonzerne bereit, einem 3,2-Prozent-Abschluß zuzustimmen. Im Kfz-Handwerk Niedersachsen fand nach Warnstreiks und einer Urabstimmung am 17. September 1983 ein Arbeitskampf in zuerst zehn, später 40 Betrieben statt. Nach über vier Wochen Streik konnten in dieser komplizierten Branche eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,2 Prozent und vor allem eine Verbesserung der Lohngruppenstruktur erreicht werden, die die erreichten Effektivereinkommen absichern hilft.

In der Auseinandersetzung um den Bundesmanteltarifvertrag für Fernfahrer fand vom 9. bis 11. Oktober 1983 ein Streik statt. Durchgesetzt werden konnten im Januar 1984 mehr Freizeit, höhere Spesen und bessere Arbeitsbedingungen. Im Zentrum der tarifpolitischen Auseinandersetzungen im ersten Quartal 1984 stand die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die in allen Tarifbezirken der IG Metall und von der IG Druck und Papier (hier zugleich Forderung nach Verbesserung der Lohnstruktur) erhoben wurde. Im Dezember hatte die IG Metall zur Vorbereitung einer intensiveren betrieblichen Mobilisierung eine „Aktion Leistungsschraube stop“ begonnen. Zahlreiche örtliche Aktionen, zum Teil gemeinsam von mehreren Einzelgewerkschaften und dem DGB getragen, sowie Demonstrationen und große Kulturveranstaltungen leiteten im Januar und Februar die nächste Phase ein. Aufgrund des harten Widerstandes der Kapitaleseite, unterstützt durch die Bundesregierung und die Mehrzahl der Massenmedien, wird im Frühjahr eine Eskalation der Auseinandersetzungen und die Einleitung von Arbeitskämpfmaßnahmen zu erwarten sein.

Wie schon berichtet war das Jahr 1983 durch ein Ansteigen von Aktionen zur Verteidigung von Arbeitsplätzen charakterisiert. Insbesondere die Kampfform der Betriebsbesetzung oder Torblockade wurde häufiger als in den Vorjahren angewandt. Wurden 1981 6 Betriebe, 1982 10 Betriebe besetzt, so waren es 1983 16 Betriebe

mit 12800 Betroffenen (1981: 3670, 1982: 4818). Die Gesamtdauer aller Besetzungen 1983 betrug 204 Tage (im Vergleich 1981: 19, 1982: 84 Tage). Durch diese Entwicklung nimmt auch in den Gewerkschaften die Diskussion zu, wie trotz der restriktiven Arbeitskampfrechtsprechung eine effektive gewerkschaftliche Unterstützung dieser betrieblichen Kämpfe gewährleistet werden kann.

3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung ist trotz Belebung der Produktion weiter rückläufig gewesen. Allerdings hat sich der Rückgang deutlich verlangsamt.

Beschäftigung¹

		Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Bauwirtschaft	Dienstleistungen
1982	1. Vj.	22 592	8 360	1 425	7 633
	2. Vj.	22 523	8 293	1 422	7 635
	3. Vj.	22 423	8 203	1 417	7 647
	4. Vj.	22 269	8 088	1 393	7 658
1983	1. Vj.	22 110	7 985	1 358	7 664
	2. Vj.	22 006	7 898	1 353	7 673
	3. Vj.	21 973	7 841	1 372	7 687
	4. Vj.	21 940	—	—	—

¹ In 1000, saisonbereinigte Zahlen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 3/84, S. 32)

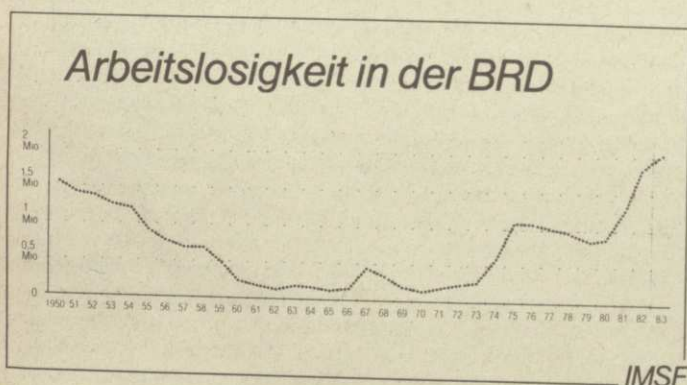
Dies ist vor allem auf die Zunahme der Beschäftigung in der Bauwirtschaft zurückzuführen, die zur Jahresmitte eingesetzt hat. Zugunommen hat die Zahl der Beschäftigten bei näherer Betrachtung sonst nur in wenigen Bereichen. Die leichte Expansion bei Dienstleistungen beschränkt sich auf den Gaststättenbereich und private Dienstleistungen, im öffentlichen Bereich dagegen stagniert die Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt 1983 ist die Beschäftigung gegenüber 1982 um 1,9 Prozent oder fast 440 000 gesunken. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist ähnlich stark – um knapp 430 000 – angestiegen.

Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
246	273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258

¹ Registrierte Arbeitslose, in 1000
(Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Da die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ebenfalls leicht um etwa 10 000 zurückgegangen ist, bleibt eine „Lücke“ zu erklären: Denn die Zahl der Erwerbspersonen, also derjenigen, die erwerbstätig sein wollen, ist aus demographischen Gründen (Zunahme der jugendlichen Arbeitsuchenden) 1983 um etwa 100 000 angestiegen. Etwa 120 000 Erwerbspersonen sind also „verschwunden“: Sie sind weder erwerbstätig noch als arbeitslos registriert.



IMSF

Sie sind in die „stille Reserve“ abgewandert, deren Umfang zur Zeit wegen fehlender empirischer Grundlagen (wie in den INFORMATIONEN 4/83 dargestellt, wurde die gesamte Erwerbstätigenstatistik korrigiert) nur sehr ungefähr mit zwischen 800 000 und einer Million geschätzt werden kann.

Die monatlichen Arbeitslosenziffern sind zum Jahreswechsel weiter angestiegen, allerdings nicht so stark wie ursprünglich erwartet.

Arbeitsmarkt 1983/84

	Arbeitslose (1)	(2)	Kurzarbeiter (1)	(2)	Offene Stellen (1)	(2)
August	2196	+ 399	379	+ 53	83	- 15
September	2134	+ 314	470	- 113	78	- 3
Oktober	2148	+ 228	549	- 279	72	+ 2
November	2193	+ 155	494	- 539	67	+ 5
Dezember	2349	+ 126	514	- 600	64	+ 6
Januar	2539	+ 62	565	- 627	70	+ 8

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Zwar liegen die registrierten Zahlen auch Anfang 1984 höher als zur gleichen Vorjahreszeit, in saisonbereinigter Betrachtung aber gehen sie seit August 1983 zurück. Auch dies muß überraschen, da doch die Beschäftigung in ebenfalls saisonbereinigter Betrachtung sinkt und die Zahl der Erwerbspersonen weiter ansteigt: Die Ursache ist wieder statistischer Natur.

Einmal wurden 1983 im Rahmen der verschiedenen „Operationen“ die Voraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung eingeeengt. In der Folge nimmt die Neigung ab, sich den Auflagen des Arbeitsamtes zu unterwerfen, so daß diese Arbeitslosen im Zuge von „Karteibereinigungen“ aus der Statistik verschwinden. Ähnlich wirkt die Zunahme der Zahl der Langzeitarbeitslosen. Im Mai 1983 lag die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei 7,2 Monaten, gegenüber 6 Monaten im Mai 1982. Zunehmend verlieren Arbeitslose ihren Unterstützungsanspruch, ein Teil von ihnen „verschwindet“ dann aus der Statistik.

Die Verlängerung der Arbeitslosigkeitsdauer und die Leistungsver schlechterung hat schon 1983 dazu geführt, daß erstmals seit 1978 die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zurückgegangen sind. Bei Zunahme der Arbeitslosenziffer um mehr als 400 000 ist die Zahl der Leistungsempfänger nur um knapp 90 000 angestiegen. Gleichzeitig gingen die Aufwendungen pro Arbeitslosengeldempfänger im Schnitt von 19 500,- DM 1982 auf 17 100,- DM 1983 zurück. Dies, obwohl die Senkung der Unterstützungssätze für kinderlose Empfänger erst 1984 wirksam geworden ist.

Der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen lag im Dezember 1983 nur noch bei 40 Prozent (inklusive Anspruchsberechtigte).

Leistungsempfänger¹

	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Ohne Anspruch
1975	65,9	10,3	23,8
1980	51,1	13,7	35,2
1981	54,9	13,3	31,8
1982	50,5	15,9	33,6
1983	44,9	21,7	33,4
Dez. '83	40,4	23,5	36,1

¹ Anteil an den registrierten Arbeitslosen in %

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Ifd.)

Inzwischen ist die Bundesanstalt für Arbeit wieder ein „Überschüßbetrieb“ geworden. Seit Mitte 1983 liegen die Einnahmen über den Ausgaben. 1984 wird die Bundesanstalt mit Sicherheit einen Überschüß in Milliardenhöhe erwirtschaften.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaas
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 2. 1984. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 90 07 49, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM. Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.